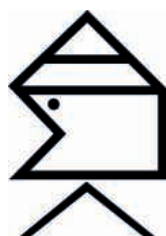


## Landraub in großem Stil

Madagaskars Kleinbauern wehren sich gegen ausländische Investoren. Seite 3



## Jesus mit Gasmaske

Grosz/Heartfield: Vor 100 Jahren wurde der Malik-Verlag gegründet. Seite 16

## Berliner LINKE tritt mit Pau an

Auf Platz eins der Landesliste soll die Bundestagsvize die Linkspartei zu einem neuen Rekord bei den Direktmandaten führen. Seite 11



Foto: imago/ZUMA Press

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 3. April 2017

72. Jahrgang/Nr. 79

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

## STANDPUNKT

### Südamerikas Demokratien

Martin Ling über die Krisen in lateinamerikanischen Ländern

Demokratie: In den neunziger Jahren war es ein geflügeltes Wort in linken Kreisen, um die Staatsform in den Ländern Südamerikas zu beschreiben, welche die Militärdiktatur gerade hinter sich gelassen hatten, die in den 1970er und 1980er Jahren von Argentinien über Brasilien bis Chile und darüber hinaus die gängigste Staatsform war.

Lange Zeit war das Militär einflussreich genug, um demokratische Reformen und vor allem die Strafverfolgung seiner zahlreichen Verbrechen zu verhindern. Diese Zeiten sind vorbei, das Militär hält sich bis dato flächendeckend in Südamerika aus der direkten Politik heraus, der Putsch im mittelamerikanischen Honduras 2009 war die Ausnahme und die juristische Aufarbeitung der diktatorischen Vergangenheit schreitet sukzessive voran.

Der Übergang von der Demokratie zur formellen Demokratie, die sich im Kern durch ein Funktionieren des Systems der Gewaltenteilung auszeichnet, steht derzeit allerdings in vielen Ländern infrage. In Paraguay sind sich der rechte Präsident Horacio Cartes und der 2012 durch einen parlamentarischen Putsch entmachtete linke Fernando Lugo einig, dass eine Verfassungsänderung den Weg für eine neuerliche Kandidatur für beide frei machen soll. In Brasilien arbeitet eine fragwürdige an die Schalthebel gekommene Rechtsregierung am Sozialabbau und in Venezuela untergräbt eine Linksregierung zum Amtserhalt die Gewaltenteilung. Für Lateinamerikas Entwicklung sind das düstere Aussichten.

## UNTEN LINKS

Bob Dylan freute sich wohl, als er den Literaturnobelpreis erhielt, aber zunächst ganz für sich allein. Er meldete sich beim Nobelpreis-Komitee, aber erst nach zwei Wochen. Er kündigte an, »falls möglich«, zur Preisverleihung zu kommen, aber es war nicht möglich. Nun nahm er Urkunde und Medaille bei einer Feier entgegen, aber unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Man rechnet damit, dass er die Nobel-Vorlesung noch halten wird, aber nicht live. Alle gönnen ihm den Preis, aber finden, er könne sich dankbarer zeigen. Das finden sicher auch die Mitglieder des Auswahlgremiums, aber sie waren bei der privaten Feier »in bester Stimmung«. Es ist nicht bekannt, dass Dylan dazu beitrug, wohl aber die Nobelpreismedaille, mit deren Betrachtung die Gremiumsmitglieder »ziemlich viel Zeit« verbracht hätten. Man bewunderte die »wunderschön gearbeitete Rückseite«, auf der ein junger Mann unter einem Lorbeerbaum einer Muse lauscht. So ist mancherlei auf Erden ungewöhnlich, aber doch für etwas gut. rst



## Auf der Volksbühne

Protest in Berlin, Wahlkampf überall: Das politische Theater lebt

Hier wird Theater auch einmal gegen gesellschaftskritische Eingreiferei gemacht: René Polleschs »House for sale« in der Volksbühne. Foto: Stefan Bock

Berlin. Man darf in Zeiten, in denen »das Volk« gegen alles Mögliche (meistens: gegen die da oben) in Stellung gebracht oder für alles Mögliche vereinnahmt wird (meistens für irgendein exklusives »Wir«), an einen verfassungspolitischen Gedanken erinnern: Die Volkssouveränität drückt sich vor allem in der Schaffung einer Verfassung aus – die als demokratische auch die Vertretung eben jenes »Volkes« regelt. Danach ist das »Volk« sozusagen fertig. Souverän bleibt der Bürger, der sich vertreten lässt. Wodurch Wahlen und das um sie gemachte Bohci eben doch wieder dazu werden: zur Volksbühne.

In Berlin hat unlängst so eine Wahl zwar eine Landesregierung hervorgebracht, deren Kultursenator den designierten Chef des The-

aters Volksbühne, Chris Dercon, als Fehlbesetzung kritisiert hat, die schnurstracks in den »neoliberalen Kunstbetrieb« führe. An dem allerdings vom Vorgängerkabinett geschlossenen Vertrag hält auch Klaus Lederer fest – was nicht jeder, der es mit dem bisherigen Intendanten Frank Castorf hält, für gut befindet. Zur Besetzung der Volksbühne, wie ein Gericht zuvor besagt hatte, kam es dann bei einer »Dankesprozession« am Samstag nicht: Der symbolische Trauermarsch zur Verabschiedung Castorfs beließ es beim »Danke«. Das Ende der Proteste wird das dennoch nicht gewesen sein, alles, was mit der Volksbühne zu tun hat, greift tief ins kulturpolitische Herz vor allem der östlichen Hauptstadt ein. Und dort geschlagene Narben verheilen praktisch nie.

Man sieht: Das, was da auf der Volksbühne geschieht, ist nicht immer schön, nicht immer lustig und vor allem: nicht immer im Interesse aller Bürger. Wer aber aus dem Fall Dercon den Schluss ziehen mag, dass Wahlen ja doch nichts ändern, man sie andernfalls längst verboten hätte, darf zwar auf Beifall hoffen, muss sich jedoch fragen, ob der von der richtigen Seite kommt.

Was passiert, liegt immer noch in der Hand des Souveräns, des Bürgers, der sich vertreten lässt. Als nächstes in NRW und Schleswig-Holstein. Und im Herbst im Bund. Dann wird sich auch das am Sonntag zum endgültigen Entwurf erhobene Wahlprogramm der Linkspartei der Prüfung stellen müssen – auf der Volksbühne. *tos* *Seiten 2, 6, 10 und 15*

## Colonia Dignidad bewegt den Bundestag

Gemeinsamer Antrag von Linkspartei und Grünen zur Sektensiedlung bringt Regierung in Zugzwang

Die Verbrechen in der deutschen Sektensiedlung Colonia Dignidad sind ungesühnt. 91 Bundestagsabgeordnete stellen jetzt einen Antrag, um aufzuklären und den Opfern zu helfen.

Von David Rojas Kienzle

Es kommt Bewegung in die Aufklärung der verbrecherischen Geschichte der Sekte Colonia Dignidad. In einem von Renate Künast (Grüne) eingebrachten Antrag zum Thema Colonia Dignidad fordern 91 Abgeordnete der Fraktionen von Linkspartei und Grünen Aufarbeitung der Verbrechen der deutschen Sektensiedlung in Chile und Hilfe für deren Opfer. Gleichzeitig kündigten Abgeordnete der Regierungskoalition an, einen eigenen Antrag zum Thema zu stellen. »Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD werden einen gemeinsamen Antrag zur Colonia Dignidad beschließen«, so Matthias Bartke (SPD) gegenüber dem »nd«. Die Fraktionen konnten sich nach Auseinandersetzungen nicht auf einen gemeinsamen Antrag

einigen. Bartke war im November 2016 mit einer Delegation von Mitgliedern des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz zum Künast in der Colonia gewesen.

Die Colonia Dignidad war eine von deutschen Aussiedlern in Chile gegründete Sektensiedlung. Das Pinochet-Regime (1973 bis 1990) ließ dort politische Gefangene foltern und verschwinden. Sektengründer Paul Schäfer und seine Führungsclique etablierten ein Zwangsregime mit Sklavenarbeit, der Verabreichung von Psychopharmaka an Bewohner\*innen und systematischem Kindesmissbrauch.

Obwohl bereits in den 1960er Jahren einzelne Bewohner entkommen konnten, die von den Grausamkeiten in der Siedlung berichteten, konnte sich die Siedlung, die heute Villa Baviera heißt, bis 2005 als geschlossene Enklave halten. Möglich war dies unter anderem wegen den Verbindungen hochrangiger Sektensiedler zu deutschen Politikern und Diplomaten und weil die Botschaft in der Hauptstadt Santiago de Chile aktiv wegsah, wenn Hinweise auf

Verbrechen der Colonia eingingen.

Die 91 Abgeordneten fordern die Bundesregierung dazu auf, mit »dem chilenischen Staat bei der rückhaltlosen Aufklärung der Geschehnisse auf dem Gelände der ehemaligen Colonia Dignidad« zusammenzuarbeiten. Des Weiteren soll eine Gedenk- und Begegnungsstätte errichtet werden, so-

»Die Fraktionen der CDU/CSU und SPD werden einen gemeinsamen Antrag zur Colonia Dignidad beschließen.«

Matthias Bartke, SPD

wie der »Stand der Vermögenswerte« der aus der Colonia hervorgegangenen Unternehmen erhoben werden. Denn: »Die Finanz- und Vermögenssituation der ehemaligen Colonia Dignidad wurde niemals umfassend untersucht«, so Jan Stehle vom For-

schungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika.

Klaus Barthel (SPD), der zum Thema Colonia Dignidad arbeitet, meinte gegenüber dem »nd«: »Es gibt zwischen den Fraktionen keinen inhaltlichen Dissens.« Dennoch wird es einen eigenen Antrag aus den Reihen der Regierungskoalition geben: »Die Koalition muss sich einigen, dann sehen wir weiter«, so Barthel weiter. Heike Hänsel von der Linkspartei meinte gegenüber dem »nd« dazu: »Der Antrag von Grünen und Linken ist bewusst als Namensantrag ohne Fraktionszwang entworfen, damit kann jede und jeder Abgeordnete ihrem und seinem Gewissen folgen, um gegenüber diesem dunklen Kapitel der BRD-Außenpolitik ein Zeichen zu setzen und endlich den Opfern zu helfen.«

Ob den jetzigen Anträgen im Bundestag Taten folgen werden, ist trotz des fraktionsübergreifenden Konsens noch unklar. Schon 2002 hatte der Bundestag einen Beschluss formuliert, der allerdings bis heute auf seine Umsetzung wartet.

## Paraguayer stürmen Kongressgebäude

Protest gegen Verfassungsänderung

Asunción. Nach gewaltsamen Protesten mit einem Toten gegen eine geplante Verfassungsreform in Paraguay hat Präsident Horacio Cartes den Innenminister und den Polizeichef des Landes entlassen. Zugleich rief er zur Ruhe auf, die Demonstranten nannte Cartes »Barbaren«. Die Demokratie werde weder »mit Gewalt erobert noch verteidigt«.

Bei den Protesten in der Hauptstadt Asunción war in der Nacht zum Samstag der Führer der Jugendorganisation der oppositionellen Liberalen Partei, der 25-jährige Rodrigo Quintana, von einem Polizisten erschossen worden.

Am Freitag hatte der Senat mit der Mehrheit der Unterstützer von Präsident Cartes für eine umstrittene Verfassungsänderung gestimmt, welche diesem die Wiederwahl ermöglichen soll. Hunderte Regierungsgegner lieferten sich nach der Abstimmung Zusammenstöße mit der Polizei. Die Demonstranten skandierten »Nie wieder Diktatur«, stürmten das Kongressgebäude und verwüsteten die Büros von Senatoren, die für die Verfassungsänderung gestimmt hatten. *AFP/nd*

## Venezolaner wollen Neuwahlen

Oberstes Gericht nimmt Entmachtung des Parlaments zurück

Caracas. Die Verfassungskrise in Venezuela scheint vorerst überwunden, doch der Machtkampf zwischen Regierung und Opposition dauert an. Nach scharfer internationaler Kritik nahm der Oberste Gerichtshof auf Drängen von Präsident Nicolás Maduro am Samstag zwar sein Urteil zur Entmachtung des Parlaments zurück. Zuvor hatten sich erste Risse im Regierungslager gezeigt. Generalstaatsanwältin Luisa Ortega ging auf Distanz zu Maduro und kritisierte die Entscheidungen des Obersten Gerichts als »Bruch der verfassungsmäßigen Ordnung«.

Die Opposition kritisierte den Schritt aber als bedeutungslos – der »Staatsstreich« gehe weiter, sagte Parlamentspräsident Julio Borges. Bei Protesten in Caracas kam es zu Zusammenstößen. Sicherheitskräfte trieben die Menge mit Tränengas auseinander.

»Wir wollen Wahlen, keinen Dialog«, sagte die Demonstrantin Eugenia Salazar. Die Regierungsgegner kämpfen für eine Volksabstimmung über eine Amtsenthebung des Präsidenten. *AFP/nd*

## Brasilianer haben Sparkurs satt

Landesweite Demonstrationen vor Generalstreik Ende April

São Paulo. Zehntausende Menschen sind in Brasilien erneut gegen Sparmaßnahmen ihrer Regierung auf die Straße gegangen. Die Proteste am Freitag (Ortszeit) in mehreren Städten richteten sich unter anderem gegen die geplante Rentenreform. Demonstrationen fanden in São Paulo, Brasília, Rio de Janeiro, Belo Horizonte und weiteren Großstädten statt. Bereits Mitte März hatte es im ganzen Land Proteste vor allem gegen die Rentenreform gegeben. Die Wut der Demonstranten richtete sich auch gegen das Arbeitsrecht und »alle Angriffe« der Regierung von Präsident Michel Temer und seiner Verbündeten »auf die Arbeiter«, sagte Marcella Azevedo von der Bewegung Frauen im Kampf der Nachrichtenagentur AFP in São Paulo. Für die Gewerkschaften sind die neuerlichen Proteste ein Warnlaufen vor dem für Ende April geplanten Generalstreik.

Laut einer Umfrage haben nur noch zehn Prozent der Befragten eine positive Meinung von der Rechtsregierung, 55 Prozent halten ihr Tun für »schlecht oder kläglich«. *AFP/nd*

ISSN 0323-3375

